TOTAL STATES AND THE PROPERTY HANDS

UNZENSIERTE NACHRICHTEN AUS ERSTER HAND!



Alles bleibt beim Alten

REICHELTS MEDIEN

Gastbeitrag von Benedikt Kaiser

BLICKPUNKT: OST!

Sonneberg ist überall!

UNSER LAND IM AMPEL-WÜRGEGRIFF

MÜNZENMAIERS MAGAZIN gibt es auch digital!



WWW.MUENZENMAIERS-MAGAZIN.DE

Liebe Freunde,

der erste AfD-Landrat in Sonneberg. Der erste gewählte hauptamtliche AfD-Bürgermeister in Raguhn-Jeßnitz. Umfragewerte mit historischen Höchstständen und AfD-Mitgliederzuwächse, die ihresgleichen suchen. Es bewegt sich etwas in unserem Land!

Ich freue mich, Ihnen heute eine neue Ausgabe meines "Münzenmaiers Magazin" vorlegen zu können und selbstverständlich beleuchten wir die irrsinnige Politik der Ampel-Regierung, die in den vergangenen Monaten beinahe wöchentlich neue Zumutungen präsentierte und anscheinend Tag für Tag daran arbeitet, unser Land und unsere Leute zu knechten, zu knebeln und zu bevormunden.

Wie eine bessere Regierung und ein besseres Deutschland aussehen könnten, erlebten fast 500 Gäste bei unserem ersten Pfalztreffen in Kirchheimbolanden. Hochmotivierte Zuhörer, bekannte Redner von Nah und Fern und über 30 Neumitglieder an einem Tag sorgten für eine rundum gelungene Veranstaltung und einen glorreichen Tag!

Einen Veranstaltungsbericht finden Sie im Magazin genauso wie eine Bewertung der aktuellen EU-Migrationspläne und eine Information über weitgehende Verbotspläne der EU-Kommission, denen wir rechtzeitig entgegentreten müssen.

Wir beleuchten außerdem den Trans-Wahn in Deutschland und die Disney-Neuproduktion "Arielle, die Meerjungfrau", die an den Kinokassen ordentlich floppte.

Wie immer finden Sie im Magazin also eine breite Palette an politischen Themen, die wir für Sie aufbereitet haben. Ohne Zensur, ohne Denkverbote, ohne Einschränkung der Meinungsfreiheit und natürlich ohne Rundfunkzwangsgebühr!

Deshalb freue ich mich besonders, wenn Sie mich und mein Magazin auf anderem Weg unterstützen:

Bringen Sie Ihrem gleichgesinnten Arbeitskollegen doch ein Exemplar mit, werfen Sie Ihr Magazin nach der Lektüre vielleicht noch dem Nachbarn in den Briefkasten oder schenken Sie Oma und Opa, die sich seltener in den sozialen Medien tummeln, eine eigene Ausgabe - nur gemeinsam können wir noch weiter wachsen!

Ich danke Ihnen für Ihre bisherige Unterstützung und wünsche Ihnen einen wunderschönen Sommer.

Wir sehen uns auf der nächsten Veranstaltung!

Herzliche Grüße

Ihr Sebastian Münzenmaier



Inhaltsverzeichnis

03 Vorwort von Sebastian Münzenmaier

LAND IM AMPEL-WÜRGEGRIFF

- 07 Leitartikel
- 10 Wie der Trans-Hype unsere Kinder überrollt
- 13 Umfrage beweist: Grüne nerven!
- 14 Kolumne Blickpunkt: Ost! Bald ist Sonneberg überall!

POLITIK & HINTERGRÜNDE

- 17 Der große EU-Asylschwindel
- 20 Impressionen Aktiv für Deutschland
- 22 Gastartikel von Benedikt Kaiser: Reichelts Medien
- 24 "Ökodesign-Richtlinie": EU und Wärmepumpenpflicht
- 26 Ahrtal: Regierungsversagen zwei Jahre nach der Flut

SONSTIGES

- 30 Veranstaltungsbericht: Pfalztreffen
- 32 Filmrezension: "Arielle" die schwarze Meerjungfrau
- 36 Buchrezension: "Die Konvergenz der Krisen" von Benedikt Kaiser
- 38 Kreuzworträtsel
- 39 Kontakt, Info & Impressum

MÜNZENMAIERS MAGAZIN



JETZT KOSTENLOS ABONNIEREN

Sie wollen "Münzenmaiers Magazin" regelmäßig direkt nach dem Erscheinen erhalten?

Dann abonnieren Sie das Magazin absolut kostenfrei und seien Sie immer einer der Ersten, der die neueste Ausgabe in den Händen hält.

Wie? Einfach eine E-Mail mit dem Betreff "Abo Münzenmaiers Magazin" und Ihren Adressdaten an redaktion@muenzenmaiers-magazin.de schicken.

Wir freuen uns über Ihre Nachricht!



Land im Ampel-Würgegriff

Die Ampel ist die schlechteste Bundesregierung aller Zeiten. Wenn man bedenkt, dass die Vorgängerregierungen 16 Jahre eine Angela Merkel an der Spitze hatten, so ist dies schon eine reife Leistung. In fast allen Bereichen nimmt die Ampel den Bürger in den Würgegriff. Was sind die größten Schandtaten? Wie würden wir es besser machen?

Energiepolitik

Die Energiepolitik belastet sowohl die privaten Haushalte, als auch die Wirtschaft. Die Konsumausgaben für Strom stiegen um 19,3 Prozent und für Gas um 13,9 Prozent. Viele Bürger stoßen auch aus diesem Grund zunehmend an ihre finanziellen Grenzen.

Ähnlich ist das Bild in der Wirtschaft. Es ist leider bereits Realität, dass Konzerne, Mittelständler und Familienunternehmen aufgrund der hohen Energiekosten und Abgabenlast in Deutschland kaum noch wettbewerbsfähig sind. Viele Unternehmer spielen, sofern sie können, bereits jetzt mit dem Gedanken, Deutschland zu verlassen. Kleinere Unternehmen können dies meist nicht. So erleben wir in ländlichen Regionen tagtäglich das Sterben von Handwerksbetrieben, Geschäften und auch mittelständischen Betrieben des verarbeitenden Gewerbes.

Diese Entwicklung verantwortet insbesondere Wirtschaftsminister Roland Habeck, Die ideologische Abschaltung der Kernkraftwerke oder eine Sanktionspolitik, die besonders Deutschland belastet, etwa, waren leider nur der Anfang. So ist das neue Gebäudeenergiegesetz ein Schlag ins Gesicht aller Bürger. Öl- und Gasheizungen soll dabei der Garaus gemacht werden. Ab 2024 sollen dafür alle neu installierten Heizungen zu mindestens 65 % mit sogenannten "erneuerbaren Energien" betrieben werden müssen. Für Hausbesitzer heißt das, dass man enorm viel investieren muss. Wer das nicht kann, wird sein Haus verlieren. Für Mieter entstehen wohl zwangsläufig höhere Mieten.

Die AfD hingegen plädiert für eine in die Zukunft gerichtete Energiepolitik, die den Wirtschaftsstandort für den Mittelstand, aber auch für die Konzerne, nachhaltig stärkt. Wir fordern diversifizierten Energiemix, der Kernkraft, Kohlekraft, Gas, Öl und sogenannte "Erneuerbare" beinhaltet. Das Gebäudeenergiegesetz würde mit der AfD also ersatzlos gestrichen werden.

Migration

Die Migrationskrise in Deutschland und Europa verschärft sich täglich. Die Bundesregierung forciert dabei noch den Zuwanderungsstrom und insbesondere die Grünen scheinen sich über den massenhaften Ansturm auch noch zu freuen. Seitens der Regierung ist jedenfalls keine Kehrtwende in dieser so wichtigen Frage zu erwarten.

Richten soll es nun der sogenannte "EU-Asylkompromiss". Mit diesem versucht sich die Regierung aus der Verantwortung zu stehlen: Dabei bleibt alles, wie es ist! Die massenhafte Zuwanderung nach Deutschland bleibt de facto unbegrenzt, denn für den Hauptzustrom aus Ländern, wo es jetzt schon etliche Anerkennungen gibt, also etwa Syrien und Afghanistan, aber auch verschiedene innerafrikanische Länder, ändert der Asylkompromiss nichts.

Das Hauptproblem der Migration wird von diesem Kompromiss überhaupt nicht angegangen. Wer das Problem lösen will, muss den Zustrom beenden. Und der Zuwandererstrom ist weiter extrem hoch. Im ersten Quartal 2023 haben bereits 110.516 Personen einen Asylantrag in Deutschland gestellt. Gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres ist dies ein Anstieg um 78,4 Prozent.

Die Zahlen erinnern sehr das Jahr 2015, als Angela Merkel quasi die ganze Welt eingeladen hat. Insbesondere die CDU-Fraktion gibt vor, nun für eine striktere Migrationspolitik zu sein. Die Wahlen zum Abgeordneten-Haus in Berlin haben aber bereits gezeigt, dass ein "Lawand-Order" Wahlkampf der CDU in einer "Wir schaffen das"-Regierung münden. Es ist doch klar, dass die Opportunisten in der Union auch auf Bundesebene ihren migrationspolitischen Kurs jeder Zeit für einen Ministersessel in einer schwarz-grünen Regierung tauschen würden.

Nur die AfD ist in dieser Position glaubwürdig. Seit Jahren fordert die AfD, die finanziellen Fehlanreize für Massenzuwanderung zu beenden und illegal eingereiste Ausländer abzuschieben. Schleuserkriminalität ist zu bekämpfen und nicht durch sogenannte Seenotretter auch noch zu unterstützen. Es darf keine pauschalen Zuwanderungskontingente und Umverteilungsquoten geben, egal ob im nationalstaatlichen, europäischen oder außereuropäischen Rahmen. Stattdessen müssen unsere Partner in Europa bei der Sicherung der Außengrenzen unterstützt werden.

Europa muss zur Festung werden!

Sicherheit

Erinnern Sie sich noch an die friedlicheren Zeiten in Deutschland? In diesem fast vergessenen Land, als man Volksfeste ohne Merkel-Poller feierte, man an Fastnacht keine Schutzräume für Frauen brauchte, Silvester ohne massive Ausschreitungen hatte, und man seine Töchter noch alleine ins Freibad gehen lassen konnte?

Lange ist es her! Und in vielen Fällen handelt es sich bereits um ein strukturelles Problem. Wenn in einigen Großstadtgebieten der Rechtsstaat durch die Regeln von Clan-Strukturen ausgesetzt wird, kann von der Sicherheit der Bürger keine Rede mehr sein.

Wenn es nach der Ampel geht, könnte man vermuten, dass diese Entwicklung wünschenswert ist. Die Grünen Abgeordnete Katrin Göring-Eckardt etwa sagte etwa:

"Unser Land wird sich ändern, und zwar drastisch. Und ich freue mich darauf". Warum insbesondere diese zunehmende Aufgabe der öffentlichen Sicherheit wünschenswert ist, bleibt wohl ein Geheimnis.

Die Gegenseite argumentiert dabei, dass es nur ein "subjektives Gefühl sei", dass die Sicherheit abnehme und es natürlich böse Rechte seien, die Ängste schüren, Doch dies ist nachweislich falsch. So belegt die "Polizeiliche Kriminalstatistik" (PKS) für das Jahr 2022, dass sowohl die Straftaten als auch die Zahl der Tatverdächtigen im Vergleich zum Vorjahr um einen zweistelligen Prozentsatz gestiegen sind. Die Täter werden immer jünger und der Grad der Gewalt steigt. Ausländer sind noch stärker als bisher überproportional vertreten. Die Bundesregierung ist bei ihrer Sicherheitspolitik nicht einmal ansatzweise willens und in der Lage der zunehmenden Erosion der inneren Sicherheit in Deutschland ernsthaft zu begegnen. Wohl auch, weil das bedeuten würde, dass man sich den Illusionen der eigenen Ideologie stellen müsste.



Ginge es nach der AfD, würden die Sicherheitskräfte deutlich gestärkt, um ausländische Intensivtäter und Clans in die Schranken zu weisen. Dies beinhaltete sowohl Personal und Ausstattung, als auch eine bessere gesellschaftliche Anerkennung ihrer Leistung. Paralleljustizen müssen konsequent bekämpft werden.

Das deutsche Recht muss dann mit entschiedener Konsequenz umgesetzt werden und das darf nicht am Ausländer-Bonus scheitern.

Freiheit

Insbesondere im Zuge der Corona-Pandemie kam es zu erheblichen Einschränkungen unserer Freiheit. Wir durften uns nicht mit Freunden oder der Familie treffen, mussten eine Maske tragen und wer sich der Impfung verweigerte, konnte zeitweise überhaupt nicht am öffentlichen Leben teilhaben.

Die Befürchtung war bereits damals, dass die Regierung diese Einschnitte in die Freiheit der Bürger auch nach Beendigung der Corona-Maßnahmen fortführen wollen würde. Gerade die Ampel ist Sinnbild dafür, dass man den Menschen in diesem Land mit aller Macht die eigene Ideologie aufzwingen will. Man möchte ihnen vorschreiben, welche Heizung sie nutzen, wie sie ihr Haus renovieren, welche Autos sie fahren, wie viel Fleisch sie essen sollen. Für fast alle Bereiche des Lebens glaubt die Ampel, besser zu wissen, was für die Bürger gut ist. Doch die Menschen sind diese Bevormundung einfach leid.

Die AfD betonte immer schon, dass im Zentrum eines Menschenbildes Freiheit und Verantwortung stehen müssen. Unsere Bürger sind in der Lage, in Freiheit und Verantwortung ihr Leben zu gestalten und eigene Angelegenheiten und die der eigenen Familie zu besorgen. Gängelung und Indoktrination, wie es die Ampel aktuell in einem hohen Maße tut, sind nach Ansicht der AfD strikt abzulehnen.

Und wer diese Freiheit im Namen unseres Volkes fordert, der ist der Stachel im Fleisch dieser Regierung. Egal ob es um Freiheit, Sicherheit, Energie oder Migration gibt. Die AfD ist die Kraft für ein besseres Deutschland.



Wie der Trans-Hype unsere Kinder überrollt



ZWISCHEN SCHMINKE, HIGH-HEELS UND DER SENDUNG MIT DER MAUS

In Deutschland werden mittlerweile selbst Kleinkinder von aufdringlichen Aktivisten bedrängt. Drag-Lesungen vor Vierjährigen, LGBTQ-Feste in Kindergärten und als Hunde verkleidete Erwachsene am Rand von öffentlichen Events sind schon lange keine Seltenheit mehr. Die Folgen für die Jüngsten können fatal sein. Es ist Zeit, diesem Wahnsinn einen Riegel vorzuschieben.

Feuerwehrmann, Cowboy oder Pirat. Kinder wollen während ihrer ersten Lebensjahre so ziemlich alles werden. Mittlerweile geht es bei den Wünschen der Kinder jedoch nicht mehr nur um Berufe oder Phantasiehelden aus dem letzten Kinofilm, sondern auch um ihr eigenes Geschlecht.

Denn die mächtige Trans-Lobby mit freundlicher Unterstützung von Grünen über CDu und FDP bis zur Antifa dringt immer tiefer in Schutzräume Heranwachsender vor, was große Teile der Medien unter dem großen Schlagwort "Vielfalt" heiligsprechen.

Doch was lösen Drag-Queens, LGBTQ-Feste in Kindergärten und als Hunde verkleidete Männer in den Kindern aus? Viele Eltern und auch die AfD werfen der radikalen Minderheit, die sich mit ihrer Agenda Jahr für Jahr mehr in der Öffentlichkeit breitmacht, gezielte Frühsexualisierung der Kinder vor. Damit würden später Identitätskrisen und Orientierungslosigkeit einhergehen, mahnen die Kritiker.

Die Buchstabenaktivisten sind derweil damit beschäftigt, eine ohnehin zerrüttete Gesellschaft weiter zu spalten und wittern hinter jeder kritischen Bemerkung neue Diskriminierungsvorwürfe, die später in bare NGO-Gelder umgemünzt werden können.

Drag-Lesung in München erhitzt die Gemüter

Jüngst eskalierte der Streit zwischen normalen Bürgern und schrillen Trans-Freunden in der bayrischen Landeshauptstadt München. Dort demonstrierten hunderte Menschen gegen die Lesung zweier sogenannter Transsexueller vor vierjährigen (!) Kindern. Die Namen der etwas anderen Vorleser, die auffällig geschminkt und in extravaganten Outfits vor den Kindern posierten: "Eric BigClit" und "Vicky Voyage".

Der Auftritt der 13-jährigen Trans-Jungautorin Julana Gleisenberg, die vor zwei Jahren ein Buch über ihre Wandlung vom Jungen zum Mädchen veröffentlicht hatte und das ihre Eltern laut Zeitungsberichten direkt neben Zubehör für BDSM-Sextechniken vermarkten, fand wegen scharfer Proteste im Vorfeld der Veranstaltung nicht statt.

An der Münchener Stadtbibliothek kam es trotzdem zum Aufeinandertreffen zwischen Kritikern der Veranstaltung und Transfanatikern. Auffällige Unterstützung erhielten die Trans-Aktivisten dabei auch in München von einem hochaggressiven linken Mob.

Die Sendung mit der Trans-Maus

In der mit öffentlichen Geldern ausreichend alimentierten Bücherei erzählten die Drag-Künstler den anwesenden Kindern währenddessen von einem Jungen, der mit Rock in den Kindergarten geht und dafür gehänselt wird.

Der Direktor der Stadtbibliothek erklärte dazu, dass es Vorbilder brauche, "die zeigen, dass es okay ist, anders zu sein." Zur Aufgabe hat sich das mittlerweile aber nicht nur die Bibliothek in der bayrischen Hauptstadt gemacht, sondern die gesamte Film- und Fernsehbranche.

Jüngst flimmerte der Streifen "Oskars Kleid" mit einem Transkind über die Kinoleinwände, bei verschiedenen Dating-Formaten des Streamingdienstes Netflix suchen queere Menschen ihre große Liebe und die Sendung mit der Maus erzählte Vier- bis Neunjährigen jüngst über die Transperson Katja, die früher mal Erik war.

Wenn es nicht mehr okay ist, normal zu sein

Die Jugendlichen werden in ihrem Kosmos von LGBTQ und all seinen Zusatzformen förmlich überrollt. Der Grundsatz, dass jedes Kind "so gut ist, wie es ist", bleibt nach dieser verrückten Indoktrination durch die Translobby jedenfalls nichts mehr übrig. Das vielzitierte Argument der Translobby, dass Kinder die sogenannte "Vielfalt" als Normalität kennenlernen, ist eine gefährliche Umkehr dessen, was eigentlich geschieht.

"Vielfalt" meint hier: Zerrüttung und seelische Haltlosigkeit. Die Heranwachsenden werden aus festen Strukturen, die Kindern Sicherheit und Orientierung geben, gerissen und Identitätskämpfen ausgesetzt, die von außen befeuert werden. Im schlimmsten Fall entscheiden sie sich unüberlegt und übereilt für eine Geschlechtsumwandlung und bereuen dies zu einem späteren Zeitpunkt wieder, wenn die Schäden von Hormonbehandlungen und chirurgischen Eingriffen nicht mehr umzukehren sind. Das französische Magazin "Valeurs actuelles" berichtete vor kurzer Zeit von Transpersonen, die mittlerweile öffentlich vor den Gefahren einer Transition warnen und die Eingriffe als Verstümmelung beschreiben.

Einer der Betroffenen erklärte, dass er nie wieder funktionierende Geschlechtsorgane haben werde. Über diese Irreversibilität des Eingriffes sind sich viele Kinder nicht im Klaren. Erschreckend hoch zeigt sich zudem das Selbstmordrisiko bei Transpersonen. Dieses liegt circa fünf bis sechsmal über dem Durchschnitt. Ist das tatsächlich, wie viele Lobbygruppen behaupten, eine direkte Folge von Stigmatisierung und Ausgrenzung?

Oder werden viele der Jugendliche durch durchgängige Regenbogen-Beschallung in eine Rolle getrieben und so verunsichert, dass sie irgendwann lebensmüde werden?

Nach Meinung der Ampel ein normaler Umgang für Kinder

Es geht um viel mehr: Hände weg von unseren Kindern!

Umso erschreckender, ist dass die Ampel mittlerweile die Regenbogen- und LGBTQ-Fahne zu einem Hoheitszeichen aufwertet, das vor Behörden gehisst wird und mittlerweile sogar die Spitze des Reichstags erklommen hat. Hinzu kommt ein in Planung befindliches Selbstbestimmungsgesetz, dass einen Geschlechterwechsel per Sprechakt ermöglicht und diesen per se weit einfacher macht.

Viele Eltern fragen sich zurecht: Wer schützt unsere Kinder?

Für viele Kritiker ist klar, dass die immer weiter ergänzte Regenbogenfahne mittlerweile zu einem Symbol verkommen ist, unter dem sich fragwürdige Akteure die Berechtigung erschleichen wollen, jeden noch so außergewöhnlichen Fetisch und jede noch so widerwärtige Fantasie auszuleben.

Wenn Kinder bei offenkundigen Fetisch-Paraden dazu ermuntert werden, mit dem Gesäß wackelnden Männern mit Hundemaske den Kopf zu streicheln, hat das nichts damit zu tun, "dass es okay ist, anders zu sein."

Mittlerweile äußern selbst Reporter, die bis vor kurzem noch zum sogenannten Mainstream gehörten, eine ganz andere Vermutung:

"Die Trans-Ideologie ist eine konzertierte, organisierte Ideologie, um Kinder zu missbrauchen. Die Grünen haben das schonmal versucht [...]", erklärte der ehemalige Chefredakteur der größten deutschen Tageszeitung jüngst in einem Video.

Es ist höchste Zeit, den medial befeuerten Trans-Wahnsinn zu beenden und unsere Kinder zu beschützen. Eine Politik, die Kindern Sexualität ständig aufs Auge drücken möchte, ist weder tolerant noch vielfältig, sondern einfach nur übergriffig.

Umfrage beweist:

GRÜNE NERVEN!



Die Grünen haben in den vergangenen Monaten einen beispiellosen Abstieg erlebt. Eine repräsentative Umfrage zeigt: Die Deutschen sind schwer genervt von der Öko-Partei. Ein Großteil der Bürger fühlt sich gegängelt und bevormundet.

Heizungsgesetze, Fleischverzicht und Gender-Quatsch: Die Deutschen sind von den Grünen schwer genervt. Das zeigt eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts INSA für das Format "Schuler! Fragern, was ist". Von den 2006 Bürgern, die an der Umfrage teilnahmen, gaben 56 Prozent an, sich von der Politik der Grünen in der Bundesregierung bevormundet zu fühlen. Nur 29 Prozent verneinten die Aussage.

Deutsche fühlen sich durch alle Altersklassen von den Grünen bevormundet

Das Gefühl von Gängelung und Bevormundung durchzieht sich dabei durch alle Alterskohorten und ist zwischen 53 und 63 Prozent stark ausgeprägt. Die einzige Ausnahme bilden die 18- bis 29-Jährigen, die sich nur zu 33 Prozent von der Öko-Partei und ihrem grünen Paternalismus bedrängt fühlen. Ob die jungen Menschen aber tatsächlich alle linksgrüne FridaysforFuture-Anhänger sind, ist keineswegs sicher. Vielmehr könnten beispielsweise auch weniger praktische Berührungspunkte mit der Politik im jüngeren Lebensabschnitt eine Rolle spielen.

Osten ist mehr genervt als der Westen

Darüber hinaus zeigt sich, dass der Osten von den Grünen noch genervter ist als der Westen. Während in den alten Bundesländern 54 Prozent angeben, sich von der Politik von Habeck, Baerbock und Co. gegängelt zu fühlen, sind es in den neuen Ländern 63 Prozent. Bei den Einkommensverhältnissen fühlen sich allen voran diejenigen bevormundet, die über 4000 Euro verdienen (72 Prozent), im politischen Koordinatensystem vor allem die Bürger, die sich "rechts der Mitte" verorten (77 Prozent). In der "Mitte" sind es 58 Prozent, selbst bei den Bürgern links der Mitte, wo ein Großteil der Grünenwähler herkommt, sind 46 Prozent von den Ökos genervt.

AfD-Wähler sind am meisten genervt

Anschließend daran ist klar, dass sich allen voran die Anhänger konservativer und bürgerlicher Parteien über die grüne Bevormundung ärgern. Bei der Union sind es immerhin 66 Prozent der Wähler, bei der FDP sogar noch mehr (72 Prozent). Die Spitze bildet jedoch die AfD, wo sich vier von fünf Anhängern von den Grünen gegängelt fühlen.

Auf den hinteren Plätzen der Rangliste kommen die SPD (43 Prozent) und die Grünen-Anhänger selbst. Selbst hier sind 15 Prozent der Meinung, ihre Partei bevormunde sie.

Kolumne - Blickpunkt: Ost!

Unser Kolumnist René Aust ist seit 2019 Abgeordneter im Thüringer Landtag und stellvertretender Sprecher des AfD-Landesverbandes Thüringen.



Ein historischer Moment:

Mit Robert Sesselmann als Landrat und Hannes Loth als Bürgermeister konnte die AfD erstmals bedeutende Positionen auf kommunaler Ebene besetzen. Diese Durchbrüche verdeutlichen, dass die Alternative für Deutschland (AfD) auf dem Vormarsch ist.

Wir überwinden Barrieren, die uns von den etablierten Parteien auferlegt wurden, wie beispielsweise der Zugang zu Vizepräsidentenposten, Rundfunkräten und Sitzen in Kontrollgremien. So funktioniert Demokratie! Die Erfolge von Robert Sesselmann als Landrat und Hannes Loth als Bürgermeister stehen symbolisch für den Einfluss, den die AfD auf im Land gewinnt. Es ist eine ermutigende Entwicklung für alle Bürger, die eine freie Demokratie wünschen, in der verschiedene politische Ansichten vertreten sind.

Demokratie besteht aus drei Elementen: Erstens haben wir als Bürger das Recht, unsere Regierenden zu bestimmen. Zweitens ist eine friedliche Übergabe der Amtsgeschäfte entscheidend. Und drittens wird die Macht auf viele Schultern verteilt, um Machtmissbrauch zu erschweren.

Es ist bedauerlich, dass die anderen Parteien Schwierigkeiten haben, diese drei Elemente der Demokratie zu erfüllen:

1. Wahlergebnisse werden nur widerwillig akzeptiert, wenn die AfD gewinnt. Die etablierten Parteien versuchen mit verschiedenen Tricks, die Umsetzung von Wahlergebnissen in Parlamenten zu verhindern. Sie verweigern unserer Partei, die 20 Prozent der Wähler vertritt, wichtige Sitze in Kontrollgremien.

2. Die friedliche Übergabe der Regierungsgewalt wird gefährdet, wenn die AfD in geheimen Wahlen Ministerpräsidenten wählt. Ein Beispiel dafür war die Kemmerich-Wahl. Bereits am Tag der Wahl kam es zu Gewalt, Gewaltandrohungen, Sachbeschädigungen Einschüchterungsversuchen und der Anhänger linksgrüner Parteien. Kinder bestimmter Abgeordneter mussten unter Polizeischutz zur Schule gehen, Autos wurden abgefackelt und Wahlkreisbüros zerstört. Herr Ramelow verzichtete auf den symbolischen Handschlag sowohl für Herrn Kemmerich als auch für Herrn Höcke. Dieser Handschlag in aller Öffentlichkeit hätte das Akzeptieren des Wahlergebnisses und die friedliche Übergabe der Amtsgeschäfte symbolisiert. Vier Wochen später verweigerte Herr Ramelow den Handschlag von Herrn Höcke. Während Björn Höcke seinen Anhängern symbolisieren wollte, dass er den erneuten Regierungswechsel selbstverständlich akzeptiert, goss Ramelow weiter Öl ins Feuer.

3. Während der Corona-Krise haben wir erlebt, dass die etablierten Parteien wenig von der Verteilung der Macht halten.

Die AfD steht uneingeschränkt zur Demokratie! Die anderen Parteien erinnern eher an einen Räuber, der lautstark "Haltet den Dieb!" über den Marktplatz ruft, um von den eigenen Taten abzulenken. Den Vertretern dieser Parteien sei gesagt: Wer mit dem Finger auf andere zeigt, zeigt mit drei Fingern auf sich selbst.

Der Erfolg der AfD wird anhalten, solange sich die etablierten Parteien einer konstruktiven Zusammenarbeit mit uns verweigern und solange sie die Wahlergebnisse nicht zum Anlass nehmen, den eingeschlagenen Weg in der Migrations-, Energie-, Bildungs- und Wirtschaftspolitik zu hinterfragen.

Lasst uns diese historischen Erfolge als Ansporn nehmen, weiterhin für eine starke und lebendige Demokratie einzutreten. Es ist an der Zeit, dass die etablierten Parteien die AfD und ihre gewählten Vertreter als gleichwertige politische Akteure anerkennen und eine konstruktive Zusammenarbeit suchen, um die besten Lösungen für die Bürger zu finden.

Die AfD wird weiter nach innen um den besten Weg ringen, aber nach außen einig stehen. Denn so wird es schon bald heißen: Sonneberg ist überall!

René Aust, MdL





DER GROßE EU-ASYLSCHWINDEL



Mit einem diffusen Potpourri an Maßnahmen möchten die EU-Innenminister vortäuschen, die irreguläre Migration in die Europäische Union begrenzen. Doch auch wenn seit Wochen versucht wird, eine "Zeitenwende" in der Migrationspolitik herbeizureden und den Bürgern so Sand in die Augen zu streuen, offenbart ein Blick auf die Pläne, dass ihr Nutzen gegen Null geht. Zeit, den großen EU-Asylschwindel aufzudecken.

Endlich ist es so weit: Die große EU-Asylreform soll kommen! Geschlossene Grenzen, konsequente Kontrollen und mehr Sicherheit im öffentlichen Raum. Klingt alles zu gut, um wahr zu sein? Stimmt.

Denn auch wenn grünlinke Medien und die politischen Entscheidungsträger des Ampel-Kabinetts das Treffen der EU-Innenminister und deren Pläne zur Asylreform als Zeitenwende in der Migrationspolitik verkaufen möchten, offenbart der Kompromiss auf den zweiten Blick erhebliche Leerstellen. Vom "historischen Erfolg", wie Bundesinnenministerin Nancy Faeser frohlockte, sind die Verhandlungsergebnisse Lichtjahre entfernt.

Die 20-Prozent-Regel ist die Einladung für alle Grenzstolperer

Das wohl größte Problem: Die Drosselung der Asylregelungen betreffen weder Syrer, Afghanen, Iraker, Türken, Iraner, Somalier oder Eritreer.

Und das sind längst nicht alle Herkunftsländer von Einwanderern, bei denen der vorgesehene Kontrollmechanismus nicht greift.

Der Grund hierfür ist schnell erklärt: Ins Asylverfahren an den EU-Außengrenzen sollen nur Migranten aus den Ländern überführt werden, deren Anerkennungsquote unter 20 Prozent liegt.

Im Klartext: Alle Grenzstolperer, die aus Herkunftsländern stammen, deren Quote in der Vergangenheit über 20 Prozent lag, erhalten weiterhin ohne große Prüfung das All-inclusive-Ticket direkt in die soziale Hängematte. Und selbst diejenigen, die aus genannten sicheren Ländern nach Europa kommen, haben in der bis zu 12-wöchigen Prüfungsphase noch die Chance auf das goldene Eintrittsticket, auch über den Rechtsweg.

Deutschland bleibt das Hauptziel für Migranten

Eine Lösung liegt hier auf der Hand: Die Anzahl sicherer Drittstaaten müsste massiv ausgeweitet werden, um Ankömmlinge aus genannten Ländern sofort und konsequent zurückzuweisen. Viele nordafrikanische Länder sind zwar beliebte Urlaubsziele, gelten weiterhin aber nicht als sicher. Und die meisten arabischen Länder sowieso nicht. Hier besteht in der Theorie ein wirksamer Anti-Asyl-Hebel, der bislang unangetastet bleibt.

Gerade die Bundesrepublik hätte die Eindämmung illegaler Migration jedoch bitter nötig, da das bevorzugte Ziel vieler Einwanderungswilliger wenig überraschend Deutschland bleiben dürfte. Im vergangenen Jahr war das Land wieder einmal Spitzenreiter der EU bei Asylanträgen mit über 190.000, nicht eingerechnet sind hier die Ukraine-Flüchtlinge. Würden endlich die Anreize gesenkt und konsequent zurückgeschoben, würde der Zustrom an Zuwanderern sich wohl ohnehin reduzieren: Das deutsche "Nein!" würde sich gewiss rumsprechen.

Im EU-Parlament droht eine weitere Abschwächung der Vorhaben

Eine weitere offene Frage im geplanten Asylprozess: Was passiert eigentlich mit den in Massen ankommenden Migranten, die zwar nicht ihr brandneues Smartphone, aber ihren Pass auf der Reise verloren haben? Auch sie dürften weiter eine Sonderbehandlung ohne größere Unannehmlichkeiten genießen, was ja im Sinne grüner und linker Lobbygruppen und deren Verbündeten in den Parlamenten ist.

Diese haben im Übrigen schon massiven Widerstand gegen die Pläne im EU-Parlament angekündigt, wo die Vorlagen der Innenminister erst noch behandelt werden müssen und dementsprechend sogar abgeschwächt werden könnten.

Darüber hinaus ist Protest aus den Ländern zu erwarten, in denen die Errichtung der Ankunftszentren für Asylanten geplant ist. Schon in der Vergangenheit hatten die betroffenen Staaten stets auf die möglichen sozialen Verwerfungen und die damit einhergehenden Sicherheitsrisiken aufgrund der wochenlangen Prüfprozesse hingewiesen und sich der Errichtung der Zentren verweigert.

AfD geht hart mit "Alibi-Veranstaltung" ins Gericht

Jegliche Bemühungen, Recht und Ordnung in die verfahrene Asylsituation in Europa zu bringen, dürften am toxischen Gemisch der 20-Prozent-Regel, dem uneinsichtigen EU-Parlament, den erwartbar zahlreichen Passlosen, fehlenden Asylzentren, einem 20.000 Euro Freifahrtschein und dem Migrations-Übereifer der Ampel-Regierung scheitern. In der Bundestagsdebatte zu der geplanten Reform des EU-Asylsystems kam es dementsprechend zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen der Regierungsbank und der Opposition.

"Es geht bei der Asylreform gar nicht um die Drosslung der Probleme. Das ist eine riesige Alibi-Veranstaltung", warf der innenpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion Gottfried Curio der Bundesregierung vor. Sozialpolitiker Rene Springer ergänzte: "Jede Asylreform, die nicht Festung Europa und Nullzuwanderung bedeutet, ist zu wenig." Und diese EU-Asylreform ist es sowieso.

Wir fordern die Bundesregierung auf:

- 1. den Innenausschuss des Deutschen Bundestages mit sofortiger Wirkung zeitnah, dauerhaft, schriftlich und vor allem proaktiv über lagerelevante Ereignisse zum Migrationsgeschehen an deutschen Grenzen oder mit einem Bezug zu Deutschland zu informieren.
- 2. die Bekämpfung illegaler Migration und den Schutz deutscher Grenzen unter die Federführung des Bundeskanzleramtes zu stellen, um diese Angelegenheit dauerhaft als Chefsache zu behandeln und die wieder verspätete und zögerliche Haltung der Bundesinnenministerin dazu zu kompensieren.
- 3. zur umgehenden Lagestabilisierung und Verhinderung weiterer illegaler Grenzübertritte nach Deutschland, sofortige temporäre stationäre Grenzkontrollen zur durchgehenden Sicherung der Landgrenzen, insbesondere mit Blick auf Polen, Tschechien und die Schweiz einzuführen.
- 4. im Rahmen dieser Lagestabilisierung Gewahrsamszentren unmittelbar an den Grenzen zur Sicherung sofortiger aufenthaltsbeendender Maßnahmen im Falle von unzulässigen Schutzanträgen einzurichten.
- 5. eine konsequente Rückführung von vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländern in Verbindung mit der zeitnahen Prüfung der Förderungsmöglichkeit des Ausbaus von Abschiebehaftplätzen zu forcieren
- 6. eine Erweiterung des § 71 AufenthG um eine Zuständigkeit für aufenthaltsbeendende Maßnahmen für aufgegriffene Personen im Zuständigkeitsbereich der Bundespolizei im Inland (z.B. an Bahnhöfen) anzustrengen.
- 7. soweit noch nicht vorhanden, mit allen grenznahen Bundesländern Vereinbarungen im Sinne von § 2 Abs. 1 Bundespolizeigesetz zu treffen.
- 8. eine drastische Erhöhung des Personal- und Sachhaushaltes der Bundespolizei
- 9. mit EU-Mitgliedstaaten, durch die bekannte Flüchtlingsrouten führen, auf bilateraler Ebene umgehend weitere Vereinbarungen zur Unterstützung und Überwachung von Grenzen zu treffen.
- 10. die migrationspolitische Abwärtsspirale durch weitere Pull-Faktoren für illegale Migranten nicht noch weiter zu befeuern und in diesem Kontext auch ein strenges Sachleistungsprinzip für Asylbewerber endlich umzusetzen.
- 11. dem Beispiel Großbritanniens und Dänemarks folgend die Einrichtung eines Programms zu prüfen, durch das in Deutschland ankommende Asylbewerber zur Prüfung ihrer Asylanträge in ein Drittland überstellt werden können.

Impressionen - Aktiv für Deutschland



SEBASTIAN MÜNZENMAIER













Gastartikel von Benedikt Kaiser

HOFFNUNG ODER CDU-RETTUNGSANKER? DAS NIUS-IMPERIUM JULIAN REICHELTS

Wer sich politisch inkorrekt über Silvesterkrawalle, Freibadexzesse, LGBTQ-Propaganda oder Schandtaten der Ampel-Koalition informieren will, landet oft bei Angeboten der "Rome Medien" bzw. neuerdings bei "Nius". "Rome" und "Nius", was soll das sein? Nun, dahinter verstecken sich reichweitenstarke Formate wie "Achtung, Reichelt!", die der Namensgeber Julian Reichelt initiierte und mit Erfolg zu bewerben versteht – fast 400.000 Abonnenten bei YouTube sprechen Bände.

Reichelt, der viele Jahre lang zum harten Kern von Axel Springer und der Bild-Zeitung zählte, bevor er einem "Sexismus"-Skandal zum Opfer fiel, hat eine mediale Powerbude aufgezogen, die in der deutschen Medienwelt jenseits des Mainstreams ihresgleichen sucht.

Mit der Reichweite wächst auch seine Redaktion, mit seiner Redaktion wächst die Angriffsfläche. Bei der linkslastigen Deutschen Journalistinnen-Journalisten-Union und sieht man die Kollegen demnach kritisch. Der DJU-Landesgeschäftsführer für Berlin und Brandenburg, Jörg Reichel, fährt schwere Geschütze gegen seinen Fast-Namensvetter auf. Die Medien von Reichelt, ordne er der "rechten Publizistik" zu. Hauptgrund seien die "zahlreichen rechtsoffenen, rassistischen Statements" der Reichelt-Mitarbeiter Ralph Schuler, Jan A. Karon, Julius Böhm und Judith Sevinc Basad. Ist "Rome" bzw. nun "Nius" rechts?

Und: Ist das überhaupt wichtig?

Fakt ist: Der Erfolg Reichelts gibt ihm recht. Aber der Erfolg ist nicht hausgemacht.



Reichelt musste nicht bei null beginnen; er ist sehr gut vernetzt. Der "Medieninsider" berichtet, es gebe eine "Verbindung zum inoffiziellen Finanzier und Milliardär Frank Gotthardt – und dann sind da noch eine ehemalige Springer-Vorständin und ein Ex-ProSieben-Chef." In derlei Gesellschaft sind die politischen Stoßrichtungen einigermaßen klar umrissen: Hauptgegner sind die freiheitsfeindlichen Grünen und ihre Vorfeldstrukturen bis hinein ins Klimaextremistische, Nebengegner deren Ampel-Anhängsel SPD und eine linksgewendete FDP.

Thematisiert wird Migrationschaos, linke Militanz und falsch gestellte Weichen durch gründominierte Politiken. Es gibt viel Platz für "konservative" Akteure innerhalb der CDU/ CSU, ihre Sicht der Dinge auf die Ampel und deren Fehler darzulegen. Kein Platz gibt es bisher für eine kritische Aufarbeitung der Unions-Verantwortlichkeit an den herrschenden Verhältnissen. Man könnte es so formulieren: Reichelt macht mal direkte, mal indirekte Vorfeldarbeit für wert- und strukturkonservative Leute in der CDU/CSU, teils auch für gesellschaftspolitisch konservative Liberale aus der FDP. Obschon er mit seinen Inhalten (insbesondere hinsichtlich Islamismus, Grünenkritik usw.) eher bei der AfD-Wählerschaft steht, erhält deren Partei keinerlei Resonanzraum.

Wenn Reichelt-Journalisten kritisieren, dass die Talkshows des Öffentlich-Rechtlichen keine AfD-Politiker zu Wort kommen lassen, wird dies zum Bumerang: Wie viele AfD-Politiker saßen denn in den Reichelt-Formaten als Gäste? Man kann das verstehen wollen als Vorsichtsmaßnahme, um das schnelle Wachstum der Medienformate nicht zu gefährden. Man kann auch loben, dass die Reichweite für migrationskritische und grünengegnerische Standpunkte mit der Reichweite Reichelts wächst. Die Gefahr besteht aber, dass das anwachsende Protestpotential auf einzelne Übertreibungen und Teilbereiche gelenkt wird, ohne größere Verbindungslinien wahrnehmen zu wollen.

So lenkt man den Blick ab von alternativen Politikvorstellungen und lenkt die Proteststimmung, die wächst und gärt, zurück in Bahnen, die dem falschen Ganzen ungefährlich bleiben. Denn dem angefixten Medienkonsumenten der Formate Reichelts bleibt dort verschlossen, dass diese einzelnen Verfallserscheinungen der Gesellschaft auf einem gemeinsamen Fundament beruhen und dass dieses Fundament als solches – und nicht lediglich wegen seiner krassesten Folgewirkungen (wie den Silvesterkrawallen oder Freibadexzessen) – zu kritisieren ist.

Bei Reichelts Medien bleibt zudem völlig ausgeblendet, dass die Union Hauptverantwortung an diesen Missverhältnissen trägt, wohingegen Unionspolitiker frank und frei in den Talkformaten ihre Sicht der Dinge darlegen können, Kritiker der Union – etwa aus der AfD – aber eben (noch?) nicht.

Aus patriotischer Sicht scheinen die Reichelt-Medien demzufolge von einem Doppelcharakter gekennzeichnet zu sein. Einerseits erweitert man den Rahmen des Sagbaren und berichtet auf unkonventionelle Weise.

Andererseits agiert man als dynamisches Vorfeldmedium eines Teils der Christdemokratie im Kampf gegen die Linkstendenz der Ampel. Aufgrund dieses Doppelcharakters, der sich angesichts der Ergebnisoffenheit der momentanen Lage in verschiedene Richtungen weiterentwickeln kann, seien abschließend sieben Thesen skizziert:

- 1. Es ist zu begrüßen, wenn die Gegenöffentlichkeit wächst. Das Team Reichelts ist modern, berichtet vor Ort und vor allem schnell.
- 2. Themen werden populistisch aufbereitet und erreichen mehr Menschen als bisherige sog. "alternative Medien".
- 3. Man muss sich über die objektive Funktion der Reichelt-Medien als Auffangstellung eines unzufriedenen Teils des Establishments bewusst sein. Protest wird genährt, aber in unionsnahen Blasen konserviert.
- 4. Die Tendenz der bisherigen Berichterstattung kann vor allem Merz-nahen Law-and-Order-Christdemokraten helfen, sich als Gegenspieler zur grün dominierten Ampel zu inszenieren.
- 5. Reichelt-Medien haben als (ehemaliges) Fleisch vom Fleische der Springer-Medien die bessere Startvoraussetzung als Alternativmedien: Sie werden von Finanziers gepusht, sind nicht gesperrt auf Plattformen, ihre Reichweite wird nicht gedrosselt usw.
- 6. Das Wachstum der Reichelt-Medien lässt Spielraum für unterschiedliche Entwicklungen; man sollte als patriotisches Lager nicht voreilig den Daumen senken.
- 7. Bei aller Fairness in der Bewertung dieser neuen Formate der Reichelt- bzw. Romebzw. Nius-Medien gilt es, bei Verprellten des Mainstreams skeptisch-realistisch zu bleiben. Es gibt keinen Grund für eine überzogene Erwartungshaltung. Reichelt ist ein findiger Boulevardjournalist mit einem feinen Sensorium für das, was geht, aber kein Retter der Opposition. Das muss er aber auch nicht sein. Das bekommen wir schon selbst hin.



DIE LEYEN-TRUPPE UND DIE WÄRMEPUMPENPFLICHT



Mit Habecks Heizhammer ist der Horror für die Bürger noch lange nicht am Endpunkt angekommen. Denn aus Brüssel droht neues Ungemach für die Heizungskeller der Deutschen. Die EU-Kommission um die Merkel-Bundesfreundin Ursula von der Leyen (CDU) plant, die sog. Ökodesign-Richtlinie zu verändern. Und das könnte noch massivere Folgen auslösen als das milliardenschwere Gebäudeenergiegesetz.

Ursula von der Leyen ist eine europaweit berüchtigte Frau. Sie hat die Bundeswehr ruiniert, unsägliche Impfstoffdeals zu Dumpingpreisen eingetütet, die Chatverläufe dazu gelöscht … und trotzdem sitzt die 64-Jährige weiterhin an der Spitze der europäischen Kommission und piesackt die Mitgliedsstaaten und deren Bürger mit ihren weltfremden Ideen. Eine der neuesten davon ist die Änderung der sogenannten "Ökodesign-Richtlinie", die das Heizungshammer-Gesetz von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck sogar noch übertreffen könnte.

Ökodesign-Richtlinie: Pläne für die Pumpe

Der Kern des Vorhabens der Europäischen Union ist einfach erklärt. Die EU-Kommission möchte die Ökodesign-Richtlinie, die Effizienzstandards für zahlreiche Produkte definiert und so die europaweite Energieverschwendung senken will, so abändern, dass ab dem Jahr 2029 neu eingebaute Heizungen mindestens einen Wirkungsgrad von 115 Prozent haben müssen. Andere Heizungen sollen gar nicht mehr verkauft werden dürfen. Öl- und Gasheizungen fallen komplett aus dieser Reihe, da sie einen Wirkungsgrad unter 100 Prozent haben. So würden diese Heizkörper aus europäischen Gebäuden verdrängt, ohne sie explizit zu verbieten. Als einzige Heizmöglichkeit, die die erforderliche Marke überspringt und somit weiterhin verkauft werden dürfte, bliebe des Grünen und des Woken liebste Heizung übrig, die Wärmepumpe. Welch großer Zufall ...

Zeitungen empört, die EU beschwichtigt

Als die Pläne über Pressemeldungen an die Öffentlichkeit gelangten, war die Aufregung groß. Selbst die eigentlich CDU-freundliche Bildzeitung fragte: "GEHT'S NOCH? EU plant härteren Heiz-Hammer als Habeck", die Welt berichtete von einer möglichen "Wärmepumpen-Pflicht bei neuen Heizungen ab 2029" und N-TV sprach davon, dass die Pläne aus Brüssel gar den Heizungsmarkt "umwerfen" könnten.

Wohl böse von dem Leak aus der belgischen Hauptstadt überrascht, ließen die Vorwürfe der Kommission in Richtung von Teilen der Presse nicht lange auf sich warten. Ein Sprecher verkündete unter gütiger Mithilfe der linken Faktenchecker vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk, dass das ja alles gar nicht so gemeint sei, wie es in den Zeitungsberichten stehe.

Zwar überprüfe die Kommission im Rahmen der Fortführung der Ökodesign-Richtlinie zehn Jahre alte Vorgaben für Heizungen, um überholte Richtwerte für die Energieeffizienz von Geräten anzupassen.

Jedoch schließe der Vorschlag keine Technologie oder Energiequelle aus. Beispielsweise wären der Einbau neuer Gasheizkessel in Hybridsystemen etwa in Kombination mit Photovoltaik oder Wärmepumpen weiter zulässig, so der Kommissionssprecher.

Das Aus für Gas und Kohle soll kommen

Immerhin gab das Gremium ohne Umschweife zu, dass Anlagen, die nur auf fossile Brennstoffe setzen, tatsächlich ab dem Jahr 2029 nach und nach ersetzt werden müssten. Die Grünen in Europa zeigen sich darüber bereits hocherfreut.

Michael Bloss, klimapolitischer Sprecher der Grünen im EU-Parlament, erklärte: "Wir brauchen einen Effizienz-Hammer für neue Heizungen [...] Es ist richtig, dass die EU-Kommission effizientere Heizungen beim Neueinbau einfordert." Geht es also nach der Öko-Partei und ihren Anhängern, könnte der große Heizaustausch von ganz oben verordnet gerne Realität werden.

Dass sich Deutschland dieser Attacke auf das Eigentum Millionen von Bürgern entgegenstellt, gilt sowieso als unwahrscheinlich. Schon zu Beginn der Verhandlungen über EU-Heizungsstandards war es die Bundesrepublik, die sich schon vor mehreren Jahren für eine Effizienz von Heizungen von über 100 Prozent ausgesprochen hatte. Und da gab es Robert Habeck als Wirtschaftsminister noch gar nicht.

Die verlogene Rolle der CDU

Zudem war Deutschland in Vergangenheit und Gegenwart stets Brüsseler Musterschüler und erfüllte die völlig weltfremden Klimaschutz-Richtlinien der EU gerne über. Die Bundesregierung um Scholz, Habeck und Lindner dürfte sich den Plänen von Ursula von der Leyen also kaum entgegenstellen. Und die CDU?

Diese bläst zwar im Bundestag die Backen auf und wettert gegen die nationalen Heizungspläne im Gebäudeenergiegesetz und der europäischen Ökodesign-Richtlinie, spricht sich aber seit Jahren für immer härtere Klimaziele, eine höhere CO2-Bepreisung und die Dekarbonisierung von Industrie und Privathaushalten aus.

Man könnte sagen, die Ampel und die EU verwandelt nur noch den Ball, den ihr die Union fein säuberlich auf den Elfmeterpunkt legte. Und in Brüssel, das nun einen groß angelegten Angriff auf die Heizungen der Deutschen wagt, sitzt bekanntlich kein Grüner an der Spitze der Kommission. Sondern Ursula von der Leyen. Parteibuch: CDU.

REGIERUNGSVERSAGEN ZWEI JAHRE NACH DER FLUT



Zwei Jahre nach der verheerenden Flutkatastrophe im Ahrtal ist der Wiederaufbau noch lange nicht abgeschlossen. Dabei ist eigentlich genug Geld da. Doch das versteckt sich hinter hohen demokratischen Hürden – und wird zeitweise zweckentfremdet. Während sich Deutschland mal wieder um die ganze Welt kümmert, bleiben die Bewohner des Ahrtals teilweise auf der Strecke.

Am 14. und 15. Juli 2021 stockte den Deutschen der Atem. Im Westen und Südwesten Deutschlands ereignete sich im rheinlandpfälzischen Ahrtal und dem nordrhein-westfälischen Erfttal die wohl größte Flutkatastrophe der jüngeren Geschichte.

Insgesamt kamen mehr als 180 Menschen ums Leben, 750 wurden teils schwer verletzt. Dazu kamen materielle Schäden im Wert von mehreren Milliarden Euro, die bis heute nicht vollständig behoben sind.

Ganz im Gegenteil sind noch immer kaputte Häuser, aufgerissene Straßen und Brücken sowie zerstörte Fensterscheiben von Geschäften und Hotels im ganzen Flutgebiet zu finden.

Einige Betriebe sind irreversibel zerstört, berufliche Existenzen vernichtet. Und die, die weitergemacht haben, fühlen sich teilweise komplett allein gelassen.

Dreyer, Spiegel und Lewentz haben versagt

Dabei hatten sich zahlreiche Landes- und Bundespolitiker nach der Katastrophe zeitnah als Retter in der Not hochstilisiert. Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) besuchte die zerstörten Straßen und Häuser ebenso wie der damalige SPD-Innenminister Roger Lewentz.

Eine gewisse Anne Spiegel (Grüne), damals Umweltministerin im Kabinett Dreyer, zeigte sich vor den Fernsehkameras erschüttert und mitfühlend. Damals ahnte noch niemand, wie schwer die Verfehlungen Spiegels und Lewentz an diesen beiden Tagen gewesen waren. Mit stetig fortschreitender Aufarbeitung konnte jedoch nicht mehr verschleiert werden, dass weder der Innen- noch die Umweltministerin ihrer Aufgabe zur Genüge nachgekommen waren.

Im April 2022 musste die mittlerweile zur Bundesfamilienministerin aufgestiegene Spiegel nach einer unvergleichlich peinlichen Pressekonferenz und unter fadenscheinigen Begründungen ihr Amt aufgeben, im Oktober 2022 folgte der Rücktritt von Lewentz.

Im Untersuchungsausschuss des Landtags Rheinland-Pfalz waren so viele Versäumnisse und Vertuschungsaktionen zu Tage getreten, dass sich selbst das sozialdemokratische Urgestein nicht mehr auf seinem Posten halten könnte.

Tricksen, tarnen, täuschen: Die SPD in Rheinland-Pfalz zeigte sich mal wieder von ihrer schlechtesten Seite.

Trotz dieses Versagens perlt bislang jede Kritik an Ministerpräsidentin Dreyer ab. Ob sich die 62-Jährige tatsächlich noch einmal für ihre Fehlleistung politisch verantworten muss, steht bislang noch in den Sternen.



Hunderte Millionen Euro werden nicht ausgezahlt

Doch genug von der unrühmlichen Vorgeschichte, zurück zu den Menschen im Ahrtal. Wer heute durch die betroffenen Orte fährt, die 2021 von den Fluten heimgesucht wurden, erkennt schnell, dass noch viel Aufbauarbeit zu tun ist. An einigen Stellen wirkt die Zeit wie stehengeblieben.

Dabei versprach Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) noch 2021 in seiner Funktion als Bundesfinanzminister unkomplizierte schnelle Hilfe: "Das, was man mit Geld in Ordnung bringen kann, das werden wir mit Geld in Ordnung bringen", erklärte der Sozialdemokrat damals. Doch wie sieht die Realität aus? Jüngst stellte sich beispielsweise heraus, dass 610 Millionen Euro, die aus der EU für die Flutopfer bereitgestellt wurden, nicht im Ahrtal landeten, sondern in Zinszahlungen im Bundeshaushalt von Finanzminister Christian Lindner (FDP). Der Bund begründete den Vorgang damit, dass er Hilfen vorfinanziert habe und mit dem Geld Zinsen decke, die durch Unterstützungsleistungen für Flutopfer angefallen seien.

Die Dreyer-Ampel schert sich wenig

Für die Betroffenen dürfte dies ein schwacher Trost sein. Viele Bürger sitzen auf den Trümmern ihrer Existenz und haben bis heute an den Folgen der Naturkatastrophe zu knabbern. Viele klagen in den Medien ihr Leid und fühlen sich alleingelassen. Die Milliarden, die der Bund zur Verfügung stellte, seien zwar auf dem Papier da. Aber wegen vieler Auflagen und ausufernder Bürokratie werde kaum etwas davon verteilt. Und die rheinland-pfälzische Landesregierung? Hat für die Fluthilfe etwas über 11 Millionen Euro pro Jahr im Haushalt stehen. Mehr scheint bei ausufernden Ausgaben in der Wirtschafts-, Energieund Migrationspolitik einfach nicht drin. Und natürlich muss auch der Kampf gegen rechts ausreichend finanziert werden ...





DEUTSCHLAND HAT EIGENBEDARF!

In Deutschland herrscht Wohnungsnot. Selbst Menschen mit mittlerem Einkommen können, dort wo es Arbeit gibt, also in den Ballungsgebieten, kaum noch eine bezahlbare Wohnung finden. Es fehlen knapp 2 Millionen Wohnungen.

Die AfD-Bundestagsfraktion fordert daher:

ABSCHIEBEN SCHAFFT WOHNRAUM!

GRÜNE INFLATION UND CO2-BESTEUERUNG BEENDEN!

WOHNGELD DYNAMISCH ANPASSEN!

HEIZKOSTEN SENKEN!

WOHNEIGENTUM FÖRDERN!

LÄNDLICHEN RAUM STÄRKEN!

GRUNDSTEUER ABSCHAFFEN!

MEHR INFOS UNTER: AFDBUNDESTAG.DE/DEUTSCHLAND-HAT-EIGENBEDARF/

Veranstaltungsbericht



"Europa neu gedacht". Unter diesem Motto stand das Pfalztreffen, das am 24. Juni 2023 in Kirchheimbolanden stattfand. Und die Veranstaltung, die durch den Donnersbergkreis und vor allem durch Damian Lohr auf die Beine gestellt wurde, entwickelte sich zu einem richtigen Volksfest.

Denn der Saal mit etwa 450 Plätzen war nicht nur im Nu ausgebucht, einige Gäste mussten gar vor der Halle warten, weil der Andrang so groß war. Diejenigen, die das Glück hatten, einen Platz zu ergattern, konnten die Aufbruchstimmung unserer Partei hautnah miterleben. Mehr als 30 Personen haben noch am selben Tag einen Mitgliedsantrag ausgefüllt, um aktiv für eine bessere Zukunft zu kämpfen.

Neben Irmhild Boßdorf, Mary Khan, Alexander Jungbluth, Rene Aust und meiner Wenigkeit konnten wir auch unsere Bundesvorsitzende Dr. Alice Weidel und den Vorsitzenden des Vlaams Belang, Tom Van Grieken, als Redner gewinnen.

Alice Weidel betonte die Notwendigkeit einer europäischen Zusammenarbeit, was aber nicht eine übermächtige Europäische Union benötige. Stattdessen solle man sich darauf beschränken, Grundprinzipien einer sinnvollen Zusammenarbeit zu entwickeln. Um die eigenen Vorstellungen eines Europas weiterzuentwickeln, brauche man auch auf Parteiebene starke Partner, mit denen man zusammenarbeiten könne.

Einer dieser Partner war gleich vor Ort. Der Flame Tom Van Grieken gehört dabei zu den aktuell erfolgreichsten Rechtspolitikern in Europa. Als er im Jahr 2014 den Vorsitz seiner Partei, des Vlaams Belang, übernahm, lag dieser am Boden und hatte Umfragewerte unter fünf Prozent. Heute ist der Vlaams Belang die stärkste Partei in Flandern und Tom Van Grieken könnte schon bald in Regierungsverantwortung kommen. Auf dem Pfalztreffen erörterte der Flame, wie wichtig eine europäische Allianz der Rechtsparteien ist und wie sinnvoll eine stärkere Zusammenarbeit zwischen der AfD und des Vlaams Belang sei.

Tolle Reden, gute Diskussionen zu den aktuellen Herausforderungen und viel Spaß zeigten, warum die AfD und ihre europäischen Partner im Aufwind sind. Weil nur heimatorientierte politische Kräfte die richtigen Antworten, die richtige Leute und den richtigen Geist haben, um dieses Land und auch ganz Europa wieder in die Spur zu bringen.





REDE VON SEBASTIAN MÜNZENMAIER BEIM PFALZTREFFEN

"Die AfD ist die Partei der Freiheit!"

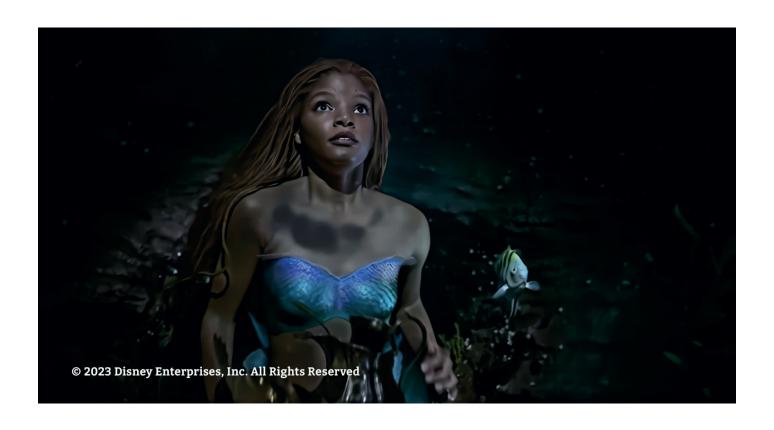




www.sebastian-muenzenmaier.de

GET WOKE, GO BROKE:

"ARIELLE" - DIE SCHWARZE MEERJUNGFRAU



Die Neuverfilmung des Disney-Klassikers "Arielle, der Meerjungfrau" floppt an den Kinokassen. Schuld seien die angeblich rassistischen Diskussionen vor Erscheinen des Films, mutmaßen grünlinke Journalisten.

Unser Autor hat sich den Film angesehen – und ist nicht nur wegen der penetranten Zurschaustellung größtmöglicher Wokeness genervt.

Eines verregneten Samstagnachmittags in Berlin kam die Lebensgefährtin des Autors dieses Textes auf die Idee, sich die Neuauflage des Zeichentrick-Klassikers "Arielle, die Meerjungfrau" im Kino anzusehen. Begeisterung konnte dieser Vorschlag bei mir nicht auslösen, aber irgendwie hat der Rückblick in die eigene Kindheit, zu der Disney-Filme dazugehören, auch irgendwie seinen Charme.

Von daher ab in den Zoo-Palast im Herzen von Berlin, um sich die Wiederauflage des Zeichentrick-Films anzusehen, der auf die Buchvorlage des berühmten dänischen Autors Hans Christian Andersen zurückgeht.

Schon die Kritik verheißt nichts Gutes

Wie das in der heutigen Zeit so gang und gäbe ist, googele ich die Kritiken zu Filmen immer schon, bevor ich diesen überhaupt gesehen habe. Hierfür nutze ich die knapp 5-minütige S-Bahn-Fahrt durch die Hauptstadt zum Kino. Nach wenigen Klicks schwant mir dabei nichts Gutes. Auf verschiedenen Bewertungsseiten kommt der Film mal auf zwei von fünf Sternen, mal auf vier von zehn.

Und mir springt eine große Kampagne auf der Kurznachrichtenseite Twitter ins Auge. Dort hat sich eine breite Mehrheit hinter dem Hashtag #notmyariel versammelt und zerreißt das neue Werk in Kritiken in Stücke. Etwas verunsichert, ob mir der Film meine Disney-Kindheitserinnerungen versauen könnte, schreite ich mit Popcorn bewaffnet in Richtung meines Platzes.

Lieber woke als glaubhaft

Hätte ich geahnt, welche Qual die nächsten zweieinhalb Stunden werden würden, ich wäre wohl auf der Couch liegengeblieben und hätte das Geld in Lieferpizza oder die Zeit besser investiert. Pure Wokeness kombiniert mit schlechtem Schauspiel und ein absolut in die Länge gezogener Film haben mir meinen Samstagnachmittag ruiniert.

Dabei ist der erste Kritikpunkt der offensichtlichste: Im Film ist ein Großteil der Schauspieler dunkelhäutig, auch die Hauptfigur, gespielt von Halle Bailey. Das ist bei anderen Filmen sicher nicht problematisch. Doch hier passt es schlicht nicht zur Roman- und Zeichentrickvorlage.

Wohl jeder wird sich an die hellweiße Haut und die knallroten Haare der jungen Arielle im legendären Film von 1989 erinnern. Sie gehören zu der jungen Meerjungfrau, die bekanntlich von einem Dänen zum Leben erweckt wurde, wie die Schwanzflosse. Um es anders auszudrücken:

Wenn ich mir Pocahontas anschaue, will ich ja auch keine blondhaarige Weiße in der Hauptrolle sehen.

Keine Mimik, keine Gestik

Doch nicht nur die dunkle Haut der Hauptdarstellerin und eines großen Teils der weiteren Besetzung des Films irritieren.

Wer die Geschichte um Arielle die Meerjungfrau nicht kennt, hier eine kurze Zusammenfassung:

Die rothaarige Meerjungfrau Arielle lebt im Meer und ist eine der Töchter von König Triton, der über die Unterwasserwelt herrscht. Als sie bei einem Schiffsunglück den Prinzen Erik rettet, möchte sie die Menschenwelt näher kennenlernen, was ihrem Vater stark missfällt.

Nach einem Streit lässt sich Arielle auf einen teuflischen Pakt mit der Wasserhexe Ursula ein. Die Meerjungfrau verliert ihre Stimme, bekommt dafür aber die Kraft, auf zwei Beinen zu stehen und so in der Welt der Menschen zu verweilen. Dabei hat die Sache einen entscheidenden Haken:

Wenn es die menschgewordene Meerjungfrau nicht schafft, einen Kuss von Erik zu erlangen, verliert sie ihre Stimme für immer. Hier schließt sich der nächste Kritikpunkt am neu verfilmten Werk an. Während die Meerjungfrau im Zeichentrick-Film versucht, mit allerlei Gestik und Mimik, mit Händen und Füßen dem Prinzen ihre Zuneigung zu zeigen, schweigt die neue Arielle den verzweifelten Prinzen einfach nur an.

Keine Regung, keine Gestik, kein überzeugendes Schauspiel – nichts.

Trans-Möwe und schwacher Prinz

Wohl aufgrund der zahlreichen Kritiken fühlte sich Rob Marshall, Regisseur der Neuauflage, genötigt, noch einmal zu betonen, dass es keine andere Schauspielerin gegeben hätte, die Arielle "besser hätte spielen können". Es sei auch nicht im Vorhinein geplant gewesen, dass die Hauptdarstellerin dunkle Hautfarbe habe, beteuerte Marshall.

Dabei wird während jeder Minute des Films offensichtlicher, dass es gerade darum geht, größtmögliche Diversity, Wokeness und Vielfalt abzubilden. Nur ein paar Beispiele: Die Mutter des Prinzen Erik ist dunkelhäutig, obwohl dieser weiße Hautfarbe hat. Scuttle, Möwe und treuer Begleiter von Arielle, ist nicht wie in der Vorlage männlich, sondern weiblich.

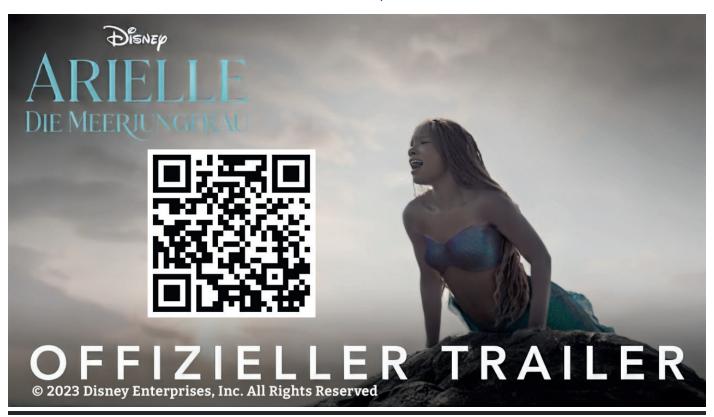
Die Schwestern der Meerjungfrau stammen alle aus verschiedenen Kulturen, was den Unterwasserkönig Triton wie einen Bock aussehen lässt, der sich einmal quer durch die Weltmeere begattet hat. Und am Ende des Films rettet nicht, wie in Disney-Filmen von früher einfach üblich, der Prinz Arielle, sondern die Meerjungfrau rettet den Prinzen, der damit kein wirklicher Held mehr ist. Dem Zuschauer schreit förmlich von der Leinwand entgegen, dass hier unbedingt alles tradierte krampfhaft aufgebrochen werden soll.

Die Woke-Bewegung macht unsere Filme kaputt

Die Lehre aus der Neuverfilmung des Disney-Klassikers ist klar: Der Woke-Bewegung, die in der Film- und Kunstbranche wahrscheinlich so stark vertreten ist wie in keinem anderen Berufsfeld, ist es egal, ob eine Erzählung Tradition, Identität oder Geschichte hat.

Die Message einer vielfältigen und diversen Welt ist wichtiger als die Richtigkeit der Erzählung. Bei der nächsten Tarzan-Verfilmung werden wir uns wohl darauf einstellen dürfen, dass sich eine dunkelhäutige, muskulöse Trans-Jane mit einem schwächlichen Tarzan auf ihren starken Armen durch die Lianen des Dschungels hangelt.

Wer sich nicht abschrecken lässt, kann hier den Trailer sehen:



MAGAZIN VERPASST?



Auf unserer Netzseite können
Sie sämtliche bisher erschienenen
Magazine einsehen und downloaden.
Auch die jeweils aktuelle Ausgabe
wird dort kostenlos angeboten.

WWW.MUENZENMAIERS-MAGAZIN.DE/PRINT

"DIE KONVERGENZ DER KRISEN" NEUES BUCH VON BENEDIKT KAISER

Die AfD ist jetzt älter als zehn Jahre. Sie ist gewachsen über Proteste: Protest der Bürger gegen die falsche Eurorettungspolitik. Protest der Bürger gegen Massenmigration. Protest gegen eine behauptete Alternativlosigkeit in der Politik. Protest der Bürger gegen den Abbau der Freiheitsrechte. Protest der Bürger gegen Milliardenausgaben für fremde Kriege. Und so weiter, und so fort.

Man sieht also: Der Protest dominiert oft, er hat die AfD zu einer Volkspartei gemacht. Eine Volkspartei, die in Umfragen bei über 20 Prozent steht. Und zwar nicht "nur" in Sachsen oder Thüringen. Sondern bundesweit!

Ein beispielloser Erfolgszug in der Geschichte der deutschen Demokratie.

Bei aller Euphorie muss man aber auch selbstkritisch einräumen können: Manchmal ist der Protest noch ein reines "Dagegen". Was hingegen bisweilen noch fehlt, ist ein "Dafür"! Das aber wird benötigt, wenn man das Vorschussvertrauen der Bürger nicht enttäuschen will. Zurecht erwarten viele Landsleute Stück für Stück Klärungen von der AfD.

Wohin soll der Weg führen, was will die AfD anders machen, für wen soll Politik gestaltet werden, was ist ein Volk, wie können Ost und West endlich zusammenfinden, wieviel Migration erträgt eine Nation, wie kann ein deutscher Standpunkt jenseits von US-Hegemonie und Moskau-Verherrlichung aussehen, was kann ein einzelner Bürger überhaupt noch tun? Das sind nur einige Beispiele für drängende Fragen, die AfD-Verantwortlichen gestellt werden. An dieser Stelle kommt Benedikt Kaiser ins Spiel.

Der Politikwissenschaftler und Lektor, der mit seinen Büchern "Solidarischer Patriotismus" (Verlag Antaios, Schnellroda 2020) und "Die Partei und ihr Vorfeld" (Verlag Antaios, Schnellroda 2022) für einige Diskussionen in der AfD und in ihrem sympathisierenden "Vorfeld" (also dem außerparlamentarischen patriotischen Raum) gesorgt hat, legt nun eine neue Veröffentlichung mit Schlüsseltexten zu Theorie und Praxis der deutschen Opposition vor: "Die Konvergenz der Krisen" (Jungeuropa Verlag, Dresden 2023).

Kaisers Ausgangspunkt ist klar: Er berichtet von einem Zusammenlaufen verschiedener Krisen. Corona, Energie, Migration, Inflation, Ukraine/Russland, EU-Integration, Währung ... viele Krisen werden nicht gelöst, sondern nur vertagt. Und damit verschärft. Jetzt laufen sie zusammen, das heißt: sie "konvergieren", sie verstärken sich gegenseitig und sorgen damit für neue und größere Probleme.

Die Ampel-Koalition zeigt sich gänzlich unfähig, ihr Herr zu werden. Dadurch wird eine für deutsche Verhältnisse vollkommen neue Situation erreicht. Denn bisherigen Krisen konnten viele Bundesbürger ausweichen. Rückzug ins Private, Umzug in ein Dorf, Vermeiden des Großstadt-Besuchs oder auch schlichte Ignoranz der Probleme – das war alles möglich. Kaiser legt die Betonung auf: Es war möglich.

Denn das ist es nun nicht mehr. Die Krisen als Bündel kommen geballt nach Hause. Man kann nicht mehr ausweichen. Man merkt es beim Freibadbesuch, der vor allem für Mädchen und Frauen zu einem Spießrutenlauf wird. Man merkt es beim Tanken, das den Geldbeutel schröpft. Man merkt es beim Gehaltsnachweis, der wieder neue Abgaben für Sozialversicherungsbeiträge enthält. Oder man merkt es schlicht daran, dass alles teurer und nichts besser wird – und zwar über einen längeren Zeitraum hinweg. Kurz: Die Krisen suchen einen im Wortsinn heim.

Diese negative Bestandsaufnahme birgt aber positives Veränderungspotential, so führt es Benedikt Kaiser aus. Denn erstmals seit Jahrzehnten ist eine Oppositionskraft damit in der Lage, breite Schichten des Volkes direkt anzusprechen, da sie unzufrieden mit den mangelhaften Leistungen ihrer Bundes- und zum Teil auch Landesregierung sind.

Diese nachhaltige und konstant gewachsene Unzufriedenheit ist die Voraussetzung dafür, dass sich unsere Landsleute für alternative Ansätze öffnen. Diese Alternativen müssen wir ihnen bieten. Wie die aussehen können? Kaiser zeigt es: Mit klarer Kante, offenem Visier und einem Schreibstil, der ohne akademische Hochnäsigkeit einerseits und ohne unnötige Verflachung andererseits daherkommt. Der Lesegenuss trifft hier auf Erkenntnisgewinn und zahlreiche Anregungen, in Diskussionen einzusteigen. Kann ein politisches Werk im Jahre 2023 mehr leisten? Wohl kaum. Dieses Buch sollte daher jeder gelesen haben, der es mit der AfD hält und in den aktuellen Debatten informiert bleiben will!



Konvergenz der Krisen von Benedikt Kaiser

272 Seiten, Klappenbroschur ISBN: 978-3948145248

Jungeuropa Verlag www.jungeuropa.de

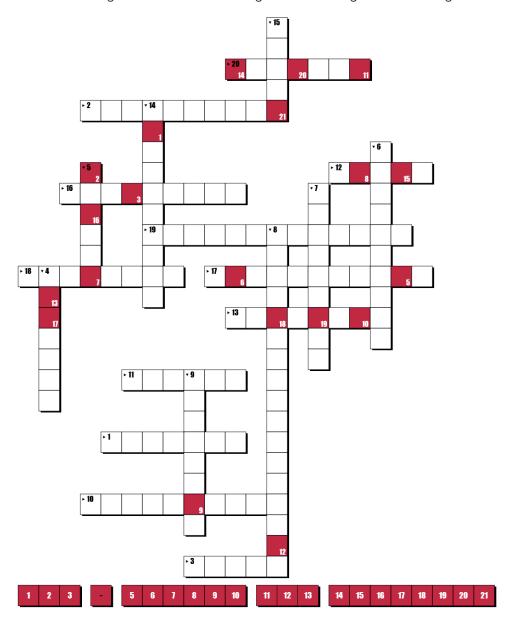
Hier bestellen:



1. LINDNER | 2. STOLZMONAT | 3. ORBAN | 4. ARIELLE | 5. FAESER | 6. SESSELMANN | 7. SONNEBERG | 8. KIRCHHEIMBOLANDEN | 9. MUENCHEN | 10. OEKODESIGN | 11. KRAMER | 12. STERN | 13. SCHWERIN | 14. LAUTERBACH | 15. WUEST | 16. MAGDEBURG | 17. WAERMEPUMPE | 18. BAERBOCK | 19. BUNDESKANZLER | 20. FREIBAD

Kreuzworträtsel

- 1. Ein FDP-Minister der Ampel riet bei einem Bürgerdialog zur Wahl der Linkspartei. Um welchen Minister handelt es sich?
- 2. Mit dieser Aktion setzten Patrioten ein Zeichen gegen den Pride-Month:
- 3. Dieser europäische MinisterprĤsident spricht sich deutlich gegen den deutschen Migrationswahn aus:
- 4. Dieser Disney-Klassiker lief auf woke getrimmt im Kino und hat mit schlechten Kritiken zu kämpfen:
- 5. Diese Ministerin bezeichnete die Einigung zur geplanten europäischen Asylreform als historisch:
- 6. Der erste AfD-Landrat heißt?
- 7. In diesem Landkreis in Thüringen wird zum ersten Mal die AfD regieren:
- 8. Das erste Pfalztreffen mit bekannten AfD-Politikern aus Bund und Land fand hier statt:
- 9. In der Bibliothek welcher Landeshauptstadt fand eine viel beachtete Drag-Lesung statt?
- 10. Diese Richtlinie wollen Ursula von der Leven und ihre EU-Kommission ändern:
- 11. Dieser Präsident eines Landesverfassungsschutzes bezeichnete 20 Prozent der Deutschen als braunen Bodensatz:
- 12. Dieses Magazin zeigte im Juni die AfD-Chefin Alice Weidel auf ihrem Cover:
- 13. In dieser Landeshauptstadt zog die AfD zum ersten Mal in die Stichwahl zum Oberbürgermeister ein:
- 14. Dieser Minister sprach sich für mögliche Klima-Lockdowns aus:
- 15. Dieser CDU-Minister regiert mit einer schwarz-grünen Regierung und brachte sich selbst als Kanzlerkandidat ins Spiel?
- 16. In dieser Stadt fand der Europa-Parteitag der AfD statt:
- 17. Diese Heizungsart soll auch nach 2029 laut EU-Ökodesign-Richtlinie erlaubt sein:
- 18. Diese Ministerin zog während ihrer letzten Auslandsreisen den Ärger zahlreicher Politiker anderer Länder auf sich:
- 19. Die AfD plant 2025 zum ersten Mal einen Kandidaten für welches Amt?
- 20. In diesen öffentlichen Einrichtungen häuften sich die Schlagzeilen von Übergriffen und Schlägereien:



Kontakt & Info



Meine Arbeit vor Ort

Neben meiner Tätigkeit als Abgeordneter in Berlin versuche ich natürlich auch so oft wie möglich in meinem Wahlkreis Mainz und in ganz Rheinland-Pfalz unterwegs zu sein, um mein Ohr stets beim Bürger vor Ort zu haben.

Sie erreichen mein Wahlkreisbüro in Mainz unter folgender Adresse:

Abgeordnetenbüro Sebastian Münzenmaier Athener Allee 6 55129 Mainz

Bitte vereinbaren Sie für Bürgersprechstunden und Gesprächstermine einen Termin mit Herrn Stephan Stritter unter

sebastian.muenzenmaier.ma03@bundestag.de.

Ich freue mich, Sie demnächst persönlich begrüßen zu dürfen!

IMPRESSUM:

Herausgeber und V.i.S.d.P.: Sebastian Münzenmaier, Mitglied des Bundestages Platz der Republik 1 D-11011 Berlin **Druck & Verlag:**Eigenverlag (E.i.S.)
Sebastian Münzenmaier
Platz der Republik 1
D-11011 Berlin

www.muenzenmaiers-magazin.de